

Ingrid Schlotterbeck

# Die Staats-Simulation „BRD"



## „Vereinigtes Wirtschaftsgebiet Deutschland"

**Am 8. Mai 1945 wurden die Kampfhandlungen des 2. Weltkriegs eingestellt, nach dem am 7. Mai Generaloberst Alfred Jodl, als Delegationsleiter der Regierung Dönitz in Reims (Frankreich) die Kapitulationsurkunde unterzeichnete. Am 9. Mai unterzeichnete Generalfeldmarschall Keitel für die Wehrmacht die bedingungslose Kapitulation in Berlin-Karlshorst.**

Der völkerrechtliche Begriff „Debellatio", gemeint ist damit die Niederwerfung des Gegners, trifft hier nicht zu. Die Sieger hätten vom Zustand der „Debellatio" Gebrauch machen müssen. Es gab nur zwei Möglichkeiten, die Anexion, also die Einverleibung der eroberten Gebiete, oder die Subjugation, die Verknechtung des Volkes. Beides haben die Sieger nicht getan, sondern in Potsdam ausdrücklich erklärt, daß weder das Deutsche Volk versklavt werden soll, noch Gebiete im Zuge einer Anexion weggenommen werden. (3-Mächte-Konferenz 17.7. bis 2.8.1945, Potsdam).

Mit Debellatio bzw. Debellation (lat.: „vollständige Besiegung, Kriegsbeendigung"; bellum ‚Krieg') bezeichnet man das durch vollständige Zerstörung und militärische Niederringung eines feindlichen Staates herbeigeführte Ende eines Krieges. Nach traditionellem („klassischem") Völkerrecht konnte, aber brauchte damit nicht einherzugehen die Annexion, das heißt die Beseitigung der Staatsgewalt des debellierten Staates und die Inanspruchnahme des Staatsgebiets durch den Sieger. Die Einführung des Kriegsverbots im modernen Völkerrecht und demzufolge auch des Annexionsverbots beschränkt die Bedeutung der Debellation.
Das deutlichste Beispiel einer Debellation ist die Unterwerfung Karthagos durch die Römer. Nach langen verlustreichen Schlachten wurde die Stadt völlig zerstört. (Quelle Wikipedia)

Die Siegermächte teilten das Deutsche Reich in Besatzungszonen auf. Die Westmächte teilten Nord-, West- und Süddeutschland unter sich auf, die Russen besetzten Mitteldeutschland und Ostdeutschland wurde von Rußland unter polnische und russische Verwaltung gestellt.

Der Staat Deutsches Reich wurde mit Art. 1 §1 des Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force (SHAEF)-Gesetz Nr. 52 am 12.9.1944 bereits, mit allen Reichsländern, Gauen, Kommunen etc,, mit Wissen und Billigung Englands und der Sowjetunion beschlagnahmt. Der immer noch fehlende Friedensvertrag wird mit den Siegermächten und dem Deutschen Reich zu schließen sein. Daß das Deutsche Reich fortbesteht hat das Bundesverfassungsgericht (so heißt es nun mal), obwohl die Verfassung fehlt und nur ein Grundgesetz von den alliierten Siegermächten der BRD „übergestülpt" wurde, eindeutig festgestellt (BverfGE2, 26 und 2BvF1/1973) siehe dazu auch die Rede Carlo Schmid (in Magazin EXTRA 10).



Wilhelm Keitel unterzeichnet die ratifizierende Kapitulationsurkunde in Berlin-Karlshorst, 8./9. Mai 1945.

Seit dem verfügt weder das Deutsche Reich, noch das von den Siegermächten geschaffene Besatzungskonstrukt BRD, noch das vereinigte Wirtschaftsgebiet, nach dem Beitritt der DDR zur BRD, über volle uneingeschränkte Souveränität. Auch wenn durch die Politiker der BRD anläßlich des Zwei-plus-Vier-Vertrages 17.7.1990 in Paris (Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland 12.9.1990) Grenzverläufe bestätigt wurden, können das keine Gebietsabtretungen sein, da die BRD nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs ist. Bei diesen Verhandlungen wurde der Artikel 23 (Geltungsbereich des Grundgesetzes) und die Präambel auf Veranlassung von James Baker (USA) und Eduard Schewadnadse (Sowjetunion) gestrichen. Damit wurde völkerrechtlich betrachtet das gesamte Grundgesetz der BRD aufgehoben. Gleichzeitig wurde die Verfassung der DDR aufgehoben.

Mit der Streichung der Präambel und des Art. 23 GG sind de jure jegliche Rechtsgrundlagen der Organe und Behörden der BRD erloschen, haben somit keine Rechtsgültigkeit mehr. Der territoriale Geltungsbereich des Grundgesetzes ist spätestens mit der Streichung des Art. 23, am 23.9.1990 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht, erloschen. Seit Ende 1990 gibt es das „Vereinigte Wirtschaftsgebiet Deutschland".

Gemäß Artikel 133 Grundgesetz gibt es keine „BRD", lediglich ein vereinigtes Wirtschaftsgebiet! Somit ist die „BRD" eine Staats-Simulation. Alle Politiker Schauspieler. Ein Staat -oder ein staatsähnliches Gebilde wird nur vorgetäuscht, nur vorgespielt. Diese Situation verschweigt man den Bewohnern des Wirtschaftsgebietes „BRD", hält diese dumm (nun gut, die lassen sich ja auch für dumm verkaufen) und ist u.a. bei den Euro-Verhandlungen absolut erpressbar. Was der aufmerksame Betrachter jeden Tag aufs Neue kopfschüttelnd zur Kenntnis nimmt.

Die „BRD" wird völkerrechtlich (und nach den SHAEF-Militärgesetzen) durch eine Nicht-Regierungsorganisation (NGO) geleitet. Bei der UNO werden die NGO Staaten unter folgendem Link geführt:
http://esango.un.org/civilsociety/showProfileDetail.do?method=showProfileDetails& profileCode=43653.




Die „BRD"-Botschaft in New York. Vor der Botschaft weht nicht die Bundesflagge sondern nur die EU-Flagge. Ein Beweis dafür, daß die körperliche Übergabe dieses Landes an die EU/Brüssel bereits vollzogen worden ist.

Die Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 im Potsdamer Schloß Cecilienhof, offiziell als Dreimächtekonferenz von Berlin bezeichnet, war ein Treffen der drei Hauptalliierten des Zweiten Weltkriegs nach dem Ende der Kampfhandlungen in Europa zur Beratung auf höchster Ebene über das weitere Vorgehen.
Die Ergebnisse wurden in Bezug auf Deutschland im Potsdamer Abkommen, in Bezug auf Japan in der Potsdamer Erklärung festgehalten.



Generaloberst Jodl unterzeichnet in Reims die bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht am 7. Mai 1945.

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag (vollständiger amtlicher Titel: Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland) ist ein Staatsvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland sowie Frankreich, den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und der Sowjetunion. Er wurde am 12. September 1990 in Moskau unterzeichnet und trat am 15. März 1991, dem Tag der Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde, mit einer offiziellen Zeremonie in Kraft. Bei dem Vertrag handelt es sich um einen sogenannten Statusvertrag, dessen Rechtswirkungen sich auch auf dritte Staaten erstrecken.





Gedenktafel am Haus Niebergallstraße 20 in Berlin-Köpenick.

Beim 21. Europäischen Bankenkongress 2011 äußerte sich Wolfgang Schäuble (CDU) über die nicht vorhandene Souverränität Deutschlands und das diese seit 1945 nicht mehr existent ist.

Sigmar Gabriel (SPD):
"Ich sage euch, wir haben gar keine Bundesregierung, wir haben - Frau Merkel ist Geschäftsführerin einer neuen - Nichtregierungsorganisation in Deutschland."
Dortmund 27.2.2010



Unterzeichnung der (ersten) deutschen Kapitulation vom 7. Mai 1945 in Reims.

EXTRA THE STARS AND STRIPES EXTRA

# VICTORY

## Nazis Reveal Surrender To Western Allies, Russia

The unconditional surrender of Germany to the Western Allies and Soviet Russia was announced by the German high command yesterday morning.

The official announcements from the Allied governments are expected to come simultaneously from Washington, London and Moscow today.

The British Ministry of Information, proclaiming that today would be 'Victory in Europe Day,' said Prime Minister Churchill would make 'an official announcement' at 3 PM.

President Truman said he had agreed with the British and Russian governments that no surrender proclamation would be made 'until simultaneous announcements could be made by the three governments.'

King George VI of England sent Gen. Eisenhower a cablegram last night congratulating him and his armies on the 'complete and crushing victory' in Europe.

The Associated Press broke the news of the surrender in a story from Rheims, France, that the Allies had announced Germany's surrender at 0241 hours yesterday morning. It said the surrender took place in the little red school house that is Gen. Eisenhower's headquarters.

Col. Gen. Gustaf Jodl, German army chief of staff, signed for Germany, it was reported.

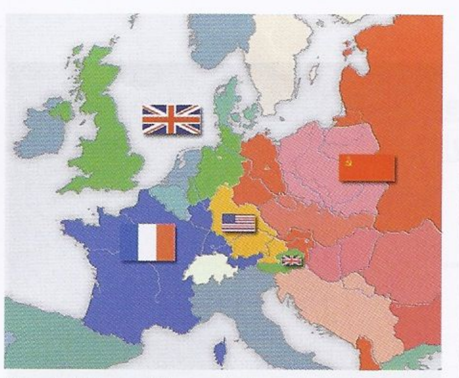
### Nazis Still Fight Reds At Prague

### *Prayer, Tears, Laughter – The World Celebrates*

Sonderausgabe der US-amerikanischen Soldatenzeitung Stars and Stripes zur Kapitulation am 8. Mai 1945.



Berliner Kammergericht: Sitz des Alliierten Kontrollrats.

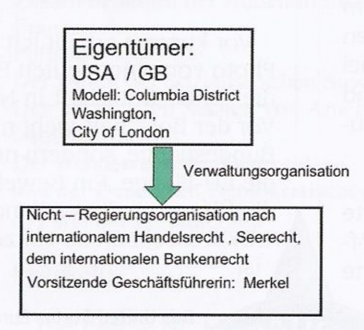


Die drei Westmächte und die Sowjetunion teilen Deutschland und Österreich 1945 in Besatzungszonen auf.

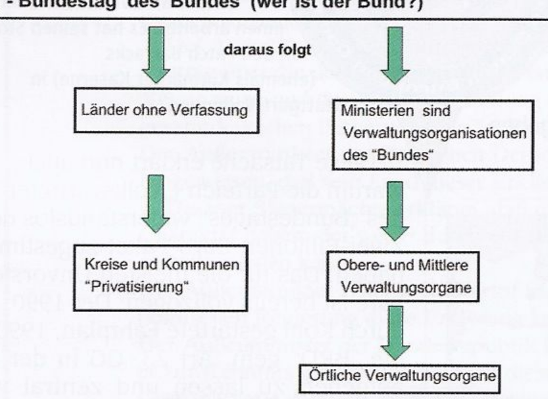


Die „Großen Drei“: (von links nach rechts) der britische Premierminister Clement Attlee, der US-Präsident Harry S. Truman, der sowjetische Generalissimus Josef Stalin; stehend dahinter: der US-Admiral William Daniel Leahy, der britische Außenminister Ernest Bevin, der US-Außenminister James F. Byrnes und der sowjetische Außenminister Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow.

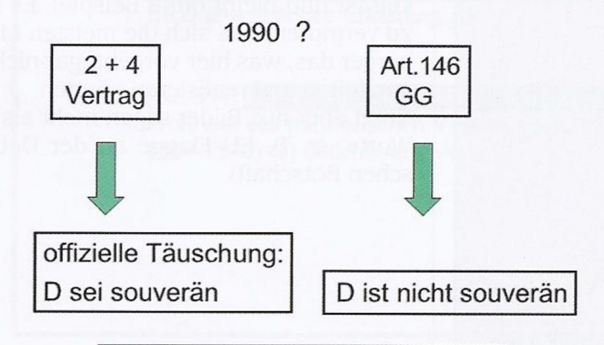
**Aufbau und Struktur der vereinigten Wirtschaftsgebiete und der Nicht-Regierungsorganisation (NGO) mit dem Namen „BRD“, seit Ende 1990**













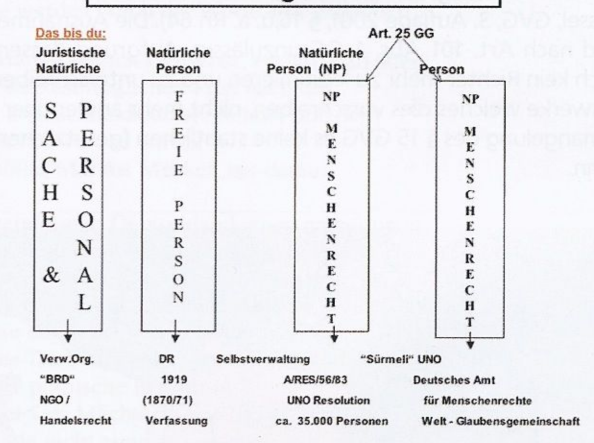
Genscher hat gemäß Zusatzprotokoll
Dokument 354 B vom 17.07.1990
keine Friedensverhandlungen gewollt

## Ziel der Täuschung

Gemäß Art. 23 GG:

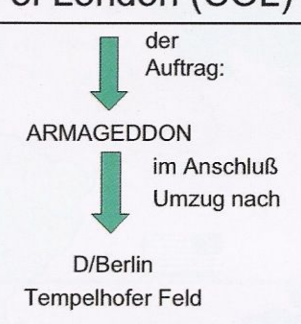
- Übergabe D durch die NGO (BRD-GmbH)
- an die EU/Brüssel
- Grundlage: EU Verfassung
- die Verräter werden dann:
  - Gouverneure (Belohnung)
  - vor Ort für die EU/Brüssel

**Alternative Wege in die Freiheit**





City of London (COL)

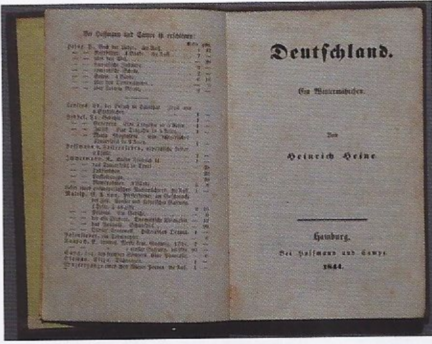




RESET des Dunkel-Stern-Reiches

**Aufhebung von § 15 des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG)**
Selbst wenn es einen Staat oder ein staatsähnliches Gebilde „BRD“ seit dem 29.9.1990 gegeben hätte und die von den Gerichten reklamierten Gesetze einen Geltungs- bzw. Anwendungsbereich gehabt hätten, hat das Oberkommando der westlichen Streitkräfte (USEUCOM Stuttgart) in den Jahren 2006 und 2007 auf die staatlichen Aufbaumängel der „BRD“ reagiert und diverse (Gesetzes-) Bereinigungen durchgeführt.
Frage: Wenn ein (souveräner?) Staat „BRD“ existieren sollte, wie kann es dann sein, daß es ein Oberkommando der westlichen Streitkräfte gibt, das als zuständige Eigentümer-Verwaltung die „BRD“ handlungsunfähig stellt?
Die Einführungsgesetze zum GVG, zur ZPO und StPO sind seit 2006 mit dem Geltungsbereich ersatzlos aufgehoben worden (Bundesministeriums der Justiz vom 19.4.2006 (BGBl. I S. 866) mit Wirkung vom 25.4.2006, i.V.m. BGBl. Teil I Nr. 59, S. 2614 vom 23.11.2007), so daß die Rechtsgrundlage des OWiG und der StPO in der Anwendung im Anwendungsbereich fehlen. Mangels Geltungsbereich kann man sie nicht mehr anwenden (BVerwGE 17, 192 = DVBl 1964, 147).
Die Aufhebung des § 15 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG), dem zur Folge die Gerichte wie Staatsgerichte waren – veröffentlicht im BGBl. Teil I Nr. 59, S. 2614 vom 23.11.2007 –, ist den Gerichten bekannt. Mit dem „Überleitungsvertrag“ genannten „Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen“ wurde bei Überleitung des „vereinigten Wirtschaftsgebiets“ zur Bundesrepublik in Deutschland dieser „erlaubt die ihnen nach deutschem Recht zustehende Gerichtsbarkeit auszuüben“. Diese Erlaubnis wurde jedoch durch Aufhebung des § 15 des deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) wieder aufgehoben.
Die Aufhebung des § 15 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) – wonach die Gerichte (ehemals deutschen) Staatsgerichten bis zur Aufhebung gleichgestellt waren, veröffentlicht im BGBl. Teil I Nr. 59, S. 2614 vom 23.11.2007, hat zur Folge, daß die Gerichte keine Staatsgerichte mehr, sondern Ausnahmegerichte sind: Sie sind somit privat und freiwillig. Nach Art. 101 GG gilt, wer seine Entscheidung nicht unterschreiben kann, ist nicht prozeß-, partei-, rechts- und geschäftsfähig, also unmündig. Amtlicher Richter kann nur sein, wer für die Entscheidung erforderlichen Wahrnehmungen und Entscheidungsvoraussetzungen selbstständig vornimmt, und zwar in voller Verantwortung (Kissel, GVG, 3. Auflage 2001, § 16,u. a. Rn 64). Die Ausnahmegerichte sind nach Art. 101 Abs. 1 GG unzulässig. Aufgrund dessen braucht sich auch kein Richter mehr zu legitimieren und zu unterschreiben, da die Gesetzeswerke welches dies vorschreiben, nicht mehr anwendbar sind und in Ermangelung des § 15 GVG es keine staatlichen (gesetzlichen) Richter mehr geben kann.

Deutschland 1947. Die vier Besatzungszonen gemäß dem Potsdamer Abkommen, das freie Saarland und die von der Sowjetunion unter polnische und sowjetische Verwaltung gestellten Ostgebiete




**Immer noch zeitgemäß ist Heinrich Heines Literaturwerk: „Deutschland. Ein Wintermärchen“. Daraus zu zitieren, ist immer eine Freude, da mit dem zeitlichen Abstand der Schaffung, aber den Parallelen zu heute, es eine Quelle ist, sich Grundsätzlichkeiten vor Augen zu führen.**

Vor kurzem erhielt ich ein aktuelles Photo von einem guten Bekannten, das die „BRD“-Botschaft in New York zeigt. Vor der Botschaft weht nicht die Bundesflagge, sondern nur eine andere: die EU-Flagge. Ein Beweis dafür, daß die Übergabe dieses Landes an die EU/Brüssel bereits vollzogen worden ist.

**Das United States European Command (USEUCOM oder EUCOM) ist eines von sechs Oberkommandos der Streitkräfte der USA, das Elemente aller US-amerikanischen Teilstreitkräfte vereint und mit ihnen arbeitet. Es hat seinen Sitz in den Patch Barracks (ehemals Kurmärker Kaserne) in Stuttgart-Vaihingen.**

Diese Tatsache erklärt nun auch, warum die Parteien („Volksvertreter“) des „Bundestages“ widerstandslos dem Zwei-Billionen-Euro-Paket zugestimmt haben. Das für die meisten Unvorstellbare ist bereits vollzogen: Der 1990 durch Kohl gestartete Fahrplan, 1990 die „BRD“ gem. Art 23. GG in der EU aufgehen zu lassen und zentral von Brüssel aus zu regieren ist definitiv vollzogen. Die Täuschung der Öffentlichkeit ist und bleibt ohne Beispiel. Es ist zu vermuten, daß sich die meisten Mitbürger das, was hier vorgeht, gar nicht vorstellen und realisieren können. Nutzt aber nix. Bilder sagen mehr als Worte. (z. B. EU-Flagge an der Deutschen Botschaft)

**Die BRD (Beauftragte der Besatzungsmächte) unterstreicht, Friedensvertrag oder eine Friedensregelung ist nicht beabsichtigt!**

**Nr. 354B**
**Anlage 2**
**Protokoll des französischen Vorsitzenden**

Zusammenkunft der Außenminister
Frankreichs,
Polens,
Der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken,
Der Vereinigten Staaten von Amerika,
Großbritanniens,
Der Bundesrepublik Deutschland
und der Deutschen Demokratischen Republik
in Paris am 17. Juli 1990

Protokoll1

1. Das Prinzip Nr. 1 hinsichtlich der Frage der deutschen Grenzen, auf das sich die sechs Mitgliedstaaten der in Ottawa eingesetzten Gruppe geeinigt haben, wird durch folgenden Satz ergänzt: »Die Bestätigung des endgültigen Charakters der Grenzen wird einen wesentlichen Bestandteil der Friedensordnung in Europa darstellen.«
2. Der Wortlaut des 2. Prinzips hinsichtlich der Frage der deutschen Grenzen wird wie folgt geändert: Die Worte »die bestehende Westgrenze Polens« werden durch die Worte »die zwischen ihnen bestehende Grenze« ersetzt.
3. Der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, erklärt, daß »der Vertrag über die deutsch-polnische Grenze innerhalb der kürzestmöglichen Frist nach der Vereinigung und der Wiederherstellung der Souveränität Deutschlands unterzeichnet und dem gesamtdeutschen Parlament zwecks Ratifizierung unterbreitet werden wird.2
Der Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik, Markus Meckel, hat darauf hingewiesen, daß sein Land dieser Erklärung zustimmt.
4. Die vier Siegermächte erklären, daß die Grenzen des vereinigten Deutschland einen endgültigen Charakter haben, der weder durch ein äußeres Ereignis noch durch äußere Umstände in Frage gestellt werden kann.
Der Außenminister Polens, Krzysztof Skubiszewski, weist darauf hin, daß nach Ansicht der polnischen Regierung diese Erklärung keine Grenzgarantie durch die vier Mächte darstellt.
Der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, weist darauf hin, daß er zur Kenntnis genommen hat, daß diese Erklärung für die polnische Regierung keine Grenzgarantie darstellt. Die BRD stimmt der Erklärung der vier Mächte zu und unterstreicht, daß die in dieser Erklärung erwähnten Ereignisse oder Umstände nicht eintreten werden, d. h., daß ein Friedensvertrag oder eine Friedensregelung nicht beabsichtigt sind. Die DDR stimmt der von der BRD abgegebenen Erklärung zu.

[Nr. 354: Drittes Treffen der Außenminister der Zwei plus Vier, 17. 7. 1990; Nr. 354B: Anlage 2 Protokoll des französischen Vorsitzenden, 17. 7. 1990. Deutsche Einheit, S. 4069 (vgl. Dt. Einh., S. 1369-1370) (c) Oldenbourg Verlag]

Die vorstehenden Aussagen zu Gesetzen, Verordnungen und deren Aufhebungen werden durch den nachstehenden Absatz einer Steuerberaterin einmal mehr in ihrer Richtigkeit bestätigt.
„mir ist als Steuerberaterin bekannt, daß die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland erst nach Zustimmung der Besatzungsmächte ihre Rechtswirksamkeit entfalten. Mangels eines entsprechenden Beschlusses der Alliierten ist nur das Grundgesetz von diesen abgesegnet worden und keine weiteren Gesetze. Es gilt noch Alliiertenrecht in Deutschland solange es keinen Friedensvertrag gibt. Das ist auch der Grund dafür, daß wir noch keine Verfassung haben, die durch Volksentscheid gültig geworden ist. Das Grundgesetz wurde am 23.5.1949 von den Alliierten für gültig erklärt und ist nicht demokratisch entstanden. Die Gültigkeit des Alliiertenrechts wurde mit der letzten Änderung 2007 mit dem Gesetz zur Bereinigung der Gesetze der Besatzungsmächte bekräftigt. Da wurden nur zahlreiche Zwischenetappen seit 1945 für ungültig erklärt, so das die Ursprungsfassung immer noch gilt. Das wird sogar in Gesellschaftskunde 9./10. Klasse in der Schule unterrichtet.
Auch die Ausführungen eines Rechtsanwalts zur Abgabenordnung (AO) sind richtig. Die Abgabenordnung gilt zwar seit 1.1.1900, aber alle Reichsgesetze wurden von den Alliierten als Besatzungsmächte mit Kriegsende außer Kraft gesetzt. Deshalb fehlt es an einer Wirksamkeit auch sämtlicher Steuergesetze.
(Steuerberaterkanzlei - datenschutzrechtlich entfernt)






Benutzen Sie bitte den Bestell-Coupon auf Seite 80.